



Alarm auf dem Arbeitsmarkt – Strategien gegen die Arbeitslosigkeit

Dokumentation

5. Februar 2002
Wien, Presseclub Concordia

INHALT:

1. Einladung	Seite 3
2. Referat „Der österreichische Arbeitsmarkt. Daten, Fakten, Trends“, Roland Löffler, Synthesis Forschung	Seite 5
3. Puntation zum Referat „Handlungsspielräume der Beschäftigungspolitik“, Dr. Markus Marterbauer, WIFO und wissenschaftlicher Koordinator des Themenbereichs „Wachstum, Beschäftigung, Verteilung, Budget“ im Netzwerk Innovation	Seite 9
4. SPÖ- Maßnahmenpaket zur Belebung von Konjunktur und Arbeitsmarkt, Doris Bures, Abg. z. NR und Bundesgeschäftsführerin der SPÖ	Seite 11
4. Aktuelle Arbeitsmarktdaten	Seite 13

1. Einladung

„Alarm auf dem Arbeitsmarkt – Strategien gegen die Arbeitslosigkeit“

Dienstag, 5. Februar 2002; 16.00 bis 19.30 Uhr; Presseclub Concordia

Alarm auf dem Arbeitsmarkt:

Ende Dezember 2001 waren in Österreich 268 000 Menschen arbeitslos. Das waren um 50 000 mehr als im Dezember des Vorjahres. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit betrug im Jahresabstand 23,3 Prozent.

Dramatisch ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Hier ist ein Plus von 29 Prozent im Dezember 2001 gegenüber dem Dezember 2000 zu vermerken.

Begleitet wird diese Entwicklung von einem Rückgang des Beschäftigungswachstums. Die Zahl der Beschäftigten sinkt erstmals seit 1995.

Was steckt hinter trockenen Durchschnittszahlen:

Die 203 883 „Fälle“ (Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenstatistik für das Jahr 2001) bedeuten konkret: Im Jahr 2001 sind mehr als 807 656 Menschen arbeitslos geworden, haben persönliche Erfahrung mit Arbeitslosigkeit gemacht (Zugänge). Sicher ebenso viele Angehörige waren betroffen. Das sind mehr als 1, 6 Mio. Österreicher und Österreicherinnen, die im vergangenen Jahr direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit betroffen waren!

Der aktuelle Anlass:

In Kürze wird die Arbeitslosenstatistik für den Jänner 2002 veröffentlicht. Prognostiziert wird ein Stand von knapp 300.000 arbeitslosen Personen. Das wären um ca. 40 000 mehr als im Jänner des Vorjahres. Ebenso wird ein weiterer Rückgang der gemeldeten offenen Stellen im Vergleich zum Vorjahr prognostiziert.

Aus diesem Anlass veranstalten das Renner Institut und das Netzwerk Innovation eine hochkarätig besetzte beschäftigungspolitische Tagung mit dem Titel „Alarm auf dem Arbeitsmarkt – Strategien gegen die Arbeitslosigkeit“. Unter anderem wird Herbert Buchinger, Vostandsvorsitzender des AMS Oesterreich, zu den neuen Zahlen Stellung nehmen.

Im Rahmen der Veranstaltung

- werden die aktuellen Zahlen (Jänner 2002) analysiert,
- mögliche erfolgsversprechende Strategien diskutiert und
- konkrete, im Projekt „Netzwerk Innovation“ erarbeitete, beschäftigungspolitische Handlungsoptionen vorgestellt.

Tagungsprogramm:

16.00 Uhr

Einleitung

Doris Bures, Abg. z. NR, Bundesgeschäftsführerin der SPOE

Der oesterreichische Arbeitsmarkt: Daten, Fakten, Trends

Roland Loeffler, Synthesis Forschungsgesellschaft

Handlungsspielraeume der Beschaeftigungspolitik

Dr. Markus Marterbauer, WIFO, wissenschaftlicher Koordinator im Netzwerk Innovation

17.30 Uhr Diskussion

Alarm auf dem Arbeitsmarkt – was tun?

Dr. Herbert Buchinger, Vorstandsvorsitzender des AMS Oesterreich

Mag. Andrea Kirschner-Schmid, WAFF, Abteilungsleiterin für Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik

Dr. Christian Rainer, Journalist und Profil-Herausgeber

Heidrun Silhavy, Abg. z. NR, Sozialsprecherin der SPOE und Koordinatorin im Projekt Netzwerk Innovation

Gen.Dir.Dipl.Ing. Horst Poehhacker, Praesident der VIBOE (Vereinigung Industrieller Bauunternehmen Oesterreichs)

Diskussionsleitung:

Mag. Lydia Ninz, Journalistin, Der Standard

Für etwaige Rückfragen und Informationen steht Ihnen unsere Mitarbeiterin Tanja Dobart (01- 804 65 01- DW 18) gerne zur Verfügung.
--

Weitere Informationen finden Sie unter www.renner-institut.at und www.netzwerk-innovation.at.

2. Referat „Der österreichische Arbeitsmarkt. Daten, Fakten, Trends“,
Roland Löffler, Synthesis Forschung*

1.1 Ausgangslage

Im Jahr 2001 sah sich die österreichische Wirtschaft mit dem schwersten Konjunkturunbruch seit den frühen neunziger Jahren konfrontiert. Seit Mitte des Jahres erhöhte sich der Arbeitslosenbestand im Vergleich zum Vorjahr, im Dezember 2001 erreichte der Vorjahresabstand im Arbeitslosenbestand mit +50.000 seinen Höchststand. Der Januarwert 2002 liegt rund +40.000 über dem Wert des Januars 2001.

In den Stichtagsbeständen der Standardbeschäftigung wurden die Folgen den Konjunkturabschwunges erst sehr viel später deutlich sichtbar. War die Beschäftigung noch bis einschließlich November im Vergleich zum Vorjahr (wenn auch von Monat zu Monat schwächer) gewachsen, so lag der Dezemberendbestand der unselbständigen Standardbeschäftigung bereits unter dem Dezemberwert des Vorjahres.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich heute vor allem mit drei Fragestellungen beschäftigen:

- Welche personenbezogene Struktur weist der österreichische Arbeitsmarkt auf ?
- Welche mittelfristigen Strukturverschiebungen lassen sich am österreichischen Arbeitsmarkt beobachten ?
- Welche geschlechtsspezifischen Entwicklungspfade weist der österreichische Arbeitsmarkt auf ?

1.2 Zur personenbezogenen Struktur des österreichischen Arbeitsmarktes

Wenn wir den österreichischen Arbeitsmarkt personenbezogen betrachten, lohnt es die erwerbsaktiven Personen – also jene Personen, die ihre Arbeitskraft in Form unselbständiger oder selbstständiger Beschäftigung einsetzen sowie jene Personen, die aktiv ein Beschäftigungsverhältnis anstreben (arbeitslose Personen) – in Bezug auf das Ausmaß, in dem sie ihr Beschäftigungspotential nutzen können, zu typisieren.

Gehen wir daher in unseren folgenden Betrachtungen von vier Hauptkarrieretypen erwerbsaktiver Personen aus, die gleichermaßen das tägliche Beschäftigungspotential (Voll- oder Teilzeit) sowie das jahresbezogene Beschäftigungsausmaß berücksichtigen:

- **durchgehend vollzeitbeschäftigt:** Diese Gruppe umfasst jene Personen, die im Laufe eines Jahres durchgängig in Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen tätig sind;
- **überwiegend beschäftigt:** In dieser Gruppe sind jene Personen zusammengefasst, die im Laufe eines Jahres entweder durchgängig in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen tätig sind oder mehr als fünfzig Prozent der möglichen Beschäftigungstage ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis ausüben;
- **wenig beschäftigt:** Als »wenig beschäftigt« werden jene Personen bezeichnet, die ihr jahresbezogenes Beschäftigungspotential (gemessen an Beschäftigungstagen) zu weniger als 50 Prozent nutzen sowie jene Personen, die zwar mehr als 50 Prozent der potentiellen Beschäftigungstage aufweisen, aber nur teilzeitbeschäftigt sind;
- **nicht beschäftigt:** sind jene Personen, die im Laufe eines Jahres zwar ihre Arbeitskraft am Arbeitsmarkt anbieten, aber keine Beschäftigungstage, sondern nur Arbeitslosigkeitstage aufweisen.

Von den rund 4,3 Millionen erwerbsaktiven Personen eines Jahres sind knapp 2,7 Millionen (62 Prozent) durchgehend vollzeitbeschäftigt. Sie tragen knapp drei Viertel des jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsbestandes.

Rund 19 Prozent der erwerbsaktiven Personen (840.000 Personen) sind im Laufe eines Jahres überwiegend beschäftigt. Sie tragen zu einem Fünftel zum jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsbestand und zu mehr als einem Drittel zum jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeitsbestand bei.

Rund 692.000 Personen (16% der erwerbsaktiven Personen) können ihr Beschäftigungspotential nur zu weniger als 50 Prozent nutzen. Ihr Beitrag zum jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsbestand beträgt 6 Prozent, ihr Anteil am jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeitsbestand dagegen 36 Prozent.

Rund 3 % der erwerbsaktiven Personen (109.000 Personen) können im Laufe eines Jahres ihre Erwerbsabsicht nicht in Beschäftigung ummünzen. Rund 29 Prozent des jahresbezogenen Arbeitslosigkeitsbestands entfällt auf diese Gruppe.

Die Verteilung von Männern und Frauen auf diese Haupttypen unterscheidet sich signifikant. Während mehr als zwei Drittel aller Männer im Laufe eines Jahres durchgängig vollzeitbeschäftigt sind, beträgt der bei den Frauen der Anteil dieser Karrieretype lediglich knapp mehr als die Hälfte.

1.3 Mittelfristige Strukturverschiebungen

Betrachtet man die Veränderung der Struktur des österreichischen Arbeitsmarktes - gemessen an den Karrieretypen erwerbsaktiver Personen - über einen Konjunkturzyklus, so lassen sich folgende zentrale Befunde herausarbeiten:

- Die Zugehörigkeit erwerbsaktiver Personen zu den einzelnen Haupttypen ist über die Jahre gesehen nicht stabil. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Personen wechselt im Laufe der Jahre in andere Karrieretypen. Dabei werden mitunter mehrere »Ebenen« von Karrieretypen übersprungen.
- Die meisten Verschiebungen finden zwischen benachbarten Gruppen statt.
- Generell ist eine Verschiebung weg vom Haupttyp »durchgehend beschäftigt« zu beobachten. Auch wenn diese Gruppe nach wie vor den weit überwiegenden Teil der erwerbsaktiven Personen eines Jahres in sich vereinigt, nimmt ihre Bedeutung über die Konjunkturzyklen kontinuierlich ab. Der »lebenslange« Vollzeitjob kann nicht mehr als die selbstverständliche Beschäftigungskarriere des 21. Jahrhunderts angesehen werden. Dagegen nimmt der Anteil der Haupttypen »überwiegend beschäftigt« und »wenig beschäftigt« laufend zu. Kurzfristige Unterbrechungen der Erwerbskarriere gehören ebenso wie Teilzeitbeschäftigung zu wesentlichen Formen von Beschäftigungskarrieren der Gegenwart wie der Zukunft.

Diese »Destabilisierung« von Erwerbsverläufen birgt indes nicht nur Risiken für die betroffenen Personen. Für einzelne Personengruppen bietet die steigende Mobilität und Flexibilisierung des Arbeitsmarktgeschehens bessere Chancen, ihr Erwerbspotential in Beschäftigung umzulegen.

Wenn wir uns die kumulierte Veränderung der jahresdurchschnittlichen Standardbeschäftigung im letzten Konjunkturzyklus (1997 bis 2001) für ausgewählte soziodemografische Gruppen vor Augen führen, wird deutlich, dass es Frauen in viel höherem Maße als Männern gelungen ist, ihr Beschäftigungsausmaß zu erhöhen. Während der jahresdurchschnittliche Bestand an Standardbeschäftigungsverhältnissen bei Männern lediglich um 8.100 gestiegen ist, sind im Jahresdurchschnitt 2001 um mehr als 100.000

Frauen mehr beschäftigt als im Jahresdurchschnitt 1997. Zwar liegt diesem Beschäftigungszuwachs auch ein demografisch bedingter Anstieg des Erwerbspersonenpotentials von Frauen zugrunde, der weit überwiegender Teil der Beschäftigungsausweitung hängt jedoch mit einer stark gestiegenen Erwerbsneigung und der erfolgreichen Aktivierung dieses Beschäftigungspotentials zusammen.

Die Veränderung der Struktur des Arbeitsmarktes hinsichtlich der Flexibilisierung der Arbeitszeitkontingente wird von den Betrieben in recht unterschiedlichem Ausmaße getragen. Vor allem jene Branchen, die eine breite Palette von Arbeitszeitkontingenten auf ihren Arbeitsplätzen anbieten, konnten im letzten Konjunkturzyklus erhebliche Ausweitungen ihrer jahresdurchschnittlichen Standardbeschäftigung erzielen.

Insgesamt ist der Beschäftigtenstand in der Periode 1997 bis 2001 um rund 110.000 gestiegen. Knapp 64.000 davon gehen auf Beschäftigungsausweitungen von Betrieben der »Wirtschaftsdienste« zurück, knapp 20.000 der Beschäftigungserhöhung erfolgte im Bereich »Gesundheit und Soziales«, mehr als 17.000 in »sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen«.

Auch der Handel, dessen Beschäftigung eine starke Konjunkturreagibilität aufweist, erhöhte den jahresdurchschnittlichen Bestand der Standardbeschäftigung über die Periode um rund 13.000. Dies ist umso bemerkenswerter, als gerade im Handel die Zahl der geringfügig Beschäftigten, über die ein wesentlicher Teil der Auslastungsschwankungen im Zuge der Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten bewältigt werden, in der selben Periode signifikant gestiegen ist.

In Branchen, in denen nach wie vor traditionelle Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse vorherrschen, konnte in der Vergleichsperiode der Beschäftigungsstand nur schwach ausgeweitet werden (wie etwa in der Sachgütererzeugung) oder wurde – wie etwa im Bauwesen – deutlich reduziert. Auch wenn rund die Hälfte der Bestandsreduktion im Bau um rund 19.000 allein auf den Konjunkturunbruch im Jahr 2001 zurückzuführen ist, zeigt die kumulierte Betrachtung, dass es dem Bauwesen auch in Jahren einer steigenden Konjunkturentwicklung (aufgrund bereits aufgebaute Überkapazitäten) nicht gelungen ist, den Beschäftigungsstand zu halten.

1.4 Geschlechtsspezifische Entwicklungspfade am österreichischen Arbeitsmarkt im Konjunkturverlauf

Lassen Sie mich abschließend die dargestellten Strukturverschiebungen am Beispiel der geschlechtsspezifischen Entwicklungspfade in den Phasen des vergangenen Konjunkturzyklus verdeutlichen.

Im Konjunkturaufschwung steigt das Arbeitskräfteangebot der Frauen aufgrund der erhöhten Erwerbsneigung deutlich. Diese steigende Erwerbsbeteiligung kann zur Gänze in Beschäftigung umgelegt werden, die Arbeitslosigkeit der Frauen geht trotz des steigenden Angebotes leicht zurück.

Das Arbeitskräfteangebot der Männer geht aufgrund der stagnierenden bis leicht rückläufigen Erwerbsneigung und demografischer Effekte leicht zurück. Zwar gelingt es auch bei den Männern die Beschäftigung zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, allerdings fällt die Beschäftigungsausweitung bei Männern wesentlich geringer aus als bei Frauen.

Im Konjunkturabschwung sind die Männer bei gleichbleibend rückläufiger Angebotsentwicklung direkt von einem deutlichen Beschäftigungsrückgang und einer massiven Ausweitung der Arbeitslosigkeit betroffen, während es den Frauen auch im

Konjunkturabschwung (wenn auch in geringerem Ausmaß) gelingt, ihre Beschäftigung auszuweiten. Zwar steigt bei den Frauen (nicht zuletzt wegen der weiter steigenden Erwerbsbeteiligung) auch die Arbeitslosigkeit, doch bleibt der Anstieg weit unter jenem der Männer.

Unter den gegebenen strukturellen und konjunkturellen Rahmenbedingungen ist davon auszugehen, dass dieses Muster auch im laufenden Konjunkturzyklus seine Gültigkeit behalten wird.

** Impressum:*

Eigentümer und Verleger:

Synthesis Forschung Gesellschaft m.b.H.

Kolingasse 1/12

A-1090 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:

a.o. Univ.-Prof. Dr. Michael Wagner-Pinter

Synthesis Forschung

3. Punktation zum Referat „Handlungsspielräume in der Beschäftigungspolitik“, Dr. Markus Marterbauer, WIFO und wissenschaftlicher Koordinator des Themenbereichs „Wachstum, Beschäftigung, Verteilung, Budget“ im Netzwerk Innovation

Ansatzpunkte der Beschäftigungspolitik

1. Makroökonomische Wirtschaftspolitik

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und die Arbeitsmarktentwicklung ist weiterhin sehr eng. Im längerfristigen Durchschnitt sind mindestens 1% reales Wachstum des BIP pro Jahr notwendig, um die Beschäftigung konstant zu halten („Beschäftigungsschwelle“), 2,1% um die Arbeitslosenrate konstant zu halten („Arbeitslosigkeitsschwelle“). Deshalb ist eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik auch aus beschäftigungspolitischer Perspektive essentiell.

Hilfreich wäre es, wenn die Zinspolitik der EZB neben der Preisstabilität auch das Wirtschaftswachstum als Ziel berücksichtigen würde. Die Budgetpolitik sollte einerseits antizyklisch ausgerichtet sein, damit in der Rezession der Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert wird. Das Niveau der Arbeitslosigkeit ist in Österreich auch deshalb relativ niedrig, weil in der Vergangenheit aufgrund antizyklischer Politik die Rezessionen relativ mild und die Beschäftigungsverluste gering ausfielen. Im Abschwung 2001/02 fällt Österreich allerdings hinter den EU-Durchschnitt zurück und die Arbeitslosigkeit steigt markant an. Andererseits müssen Einnahmen- und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte in Hinblick auf Wachstums- und Beschäftigungswirkungen verbessert werden. Verschiebung zugunsten von Ausbildung, Weiterbildung, Qualifizierung, Innovation, Forschung und Entwicklung, öffentlicher Infrastruktur ("Zukunftsausgaben" mit hohem Multiplikator) und zulasten von Wohnbauförderung, Transfers und Subventionen wären anzustreben.

Auch der Lohnpolitik kommt in bezug auf die makroökonomischen Rahmenbedingungen hohe Bedeutung zu. Sie sollte Wettbewerbsfähigkeit und Nachfrageeffekte berücksichtigen und am makroökonomischen Produktivitätsfortschritt ausgerichtet sein.

2. aktive Arbeitsmarktpolitik:

Trotz der Impulse seit dem Beitritt zur EU und der Teilnahme an den ESF-Programmen ist ein weiterer Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Zuge einer langfristigen Qualifizierungsoffensive geboten. Österreich gibt pro Arbeitslosen für aktive Trainings- und Qualifizierungspolitik nur etwa die Hälfte der Mittel der skandinavischen Länder und weniger als Schweiz, Deutschland, oder Portugal aus. In Phasen steigender Arbeitslosigkeit sollten die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik genauso wie die Ausgaben für Eingliederungsbeihilfen angehoben werden, um das Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern.

Aktive Arbeitsmarktpolitik kann auch als Hilfe für die Beschäftigten im Strukturwandel angesehen werden. Arbeitsstiftungen haben sich bei strukturellen Problemen in einzelnen Branchen (z.B. Speditionen) bewährt, eine "Arbeitsstiftung Bau" ist wegen des absehbaren weiteren Rückgangs des Bauanteils am BIP sinnvoll.

3. Bessere Anreize zur Aufnahme von Erwerbsarbeit

Netto-Reallohne sollen erhöht werden, damit Anreize für Beschäftigungsaufnahme steigen. Spielräume: Mindestlohnpolitik („1.000 € Mindestlohn“), Entlastung bei den Abgaben im unteren Einkommensbereich (eher Sozialversicherungsbeiträge als Lohnsteuer).

4. Höhere Frauenerwerbsquoten

Eine Ausweitung der Frauenbeschäftigung ist zunächst aus verteilungs- und gesellschaftspolitischen Überlegungen sinnvoll. Beschäftigungsaufnahme erlaubt ein Ausbrechen aus dem Armutrisiko für Familien viel eher als ausgebaute Familientransfers. Langfristig kann höhere Frauenbeschäftigung auch der demographisch bedingten Arbeitskräfteknappheit entgegenwirken.

Wesentliche Instrumente: Arbeitszeit (Recht auf Teilzeitarbeit etc.), Kinderbetreuungseinrichtungen (nicht nur Kindergärten, sondern auch Ganztagschulen,

Horte), Qualifizierung (Grundausbildung und Qualifizierungsmaßnahmen für Wiedereinsteigerinnen), solidarische Lohnpolitik (überproportionale Anhebung der Mindestlöhne kommt v.a. Frauen zugute und erhöht die Anreize zur Arbeitsaufnahme)

5. Weiterbildung und Arbeitszeitverkürzung:

Defizite im Bildungssystem betreffen in hohem Ausmaß die Weiterbildung, Arbeitszeitverkürzung (derzeit in Form von Frühpensionierungen) sollte ins Erwerbsleben hinein verlagert werden und mit Weiterbildungsaspekten verknüpft werden – länger dauernde Bildungskarenz (z.B. für die Absolvierung einer einjährigen Facharbeiterkurzausbildung, zum konzentrierten Abschluss einer Ausbildung).

6. Arbeitskräfteknappheit, Zuwanderung:

Arbeitskräfteknappheit ist in gewissem Ausmaß wünschenswert, weil sie dazu beitragen kann, die Integration der Langzeitarbeitslosen ins Erwerbsleben, die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters, höhere Frauenerwerbsquoten, die Integration der im Land befindlichen Ausländer, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, höhere Löhne für niedrig Qualifizierte zu erreichen.

Langfristig (ab etwa 2010-15) wird aber Zuwanderung vor allem von Fachkräften notwendig sein, um negative ökonomische Effekte der Arbeitskräfteknappheit abzuwenden. Die bestehenden Übergangsfristen auf dem Arbeitsmarkt sollten aktiv genutzt werden für Abbau der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Erwerbsquoten, Qualifizierung.

4. SPÖ-Maßnahmenpaket zur Belebung von Konjunktur und Arbeitsmarkt,
Doris Bures, Abg. Z. NR und Bundesgeschäftsführerin der SPÖ

APA162 2002-02-04/11:00

Meldung Nr. 69 OTS II vom 2002-02-04 11:23:01

Arbeitslose: Bures kritisiert "erschreckende Ignoranz" der Regierung

Utl.: Bures fordert Umsetzung des SPÖ-Maßnahmenpakets zur Belebung von Konjunktur und Arbeitsmarkt =

Wien (SK) SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures macht die Regierung für das ungebremste Ansteigen der Arbeitslosenzahlen verantwortlich. "Die 'Schrecksekunde' der Regierungsparteien dauert mittlerweile beinahe ein Jahr", verwies Bures auf die seit Mai 2001 steigende Arbeitslosigkeit, wobei sich die Zunahme stark beschleunigt hatte, zuletzt sowohl im Dezember 2001 als auch im Jänner 2002 mit jeweils einem Plus von 40.000 Arbeitslosen im Jahresabstand. "Es ist erschreckend, dass der Regierung das Schicksal von mittlerweile 300.000 Arbeitslosen ganz offensichtlich egal ist", kritisierte Bures. "Das ist die wahre Bilanz der Wende." ****

In diesem Licht erscheinen auch die Aussagen von Kanzler Schüssel in der gestrigen ORF-"Pressestunde" - Schüssel meinte, Österreich stehe heute besser da als vor zwei Jahren - "mehr als bedenklich und faktisch falsch", so Bures am Montag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. Immerhin waren im Jänner 2000 20.000 Menschen weniger arbeitslos als heuer.

Bures weiter: "Dieser Regierung ist es in zwei Jahren nicht nur gelungen, die Arbeitslosigkeit in die Höhe zu treiben, sie hat auch das zuvor seit Jahren anhaltende Jobwachstum schließlich abgewürgt." Auch im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit seien die Zahlen Besorgnis erregend, kritisierte Bures. Sie fügte hinzu: "Auch hier bleibt die Regierung untätig. Die Zufriedenheit des Bundeskanzlers entbehrt jeder realen Grundlage."

Die SPÖ fordert, dass die Rücklagen des AMS für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen frei gegeben werden. Bures kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Regierungsparteien dem AMS seit dem Jahr 2000 2,6 Milliarden Euro entzogen; diese Mittel fehlen angesichts der weit über den Prognosen von vor zwei Jahren liegenden Arbeitslosigkeit, erklärte Bures.

Bures erinnerte in diesem Zusammenhang an den vergangenen Wahlkampf, als die FPÖ mit dem Slogan "Steuern senken, Arbeit schaffen" geworben hatte, heute habe Österreich die historisch höchste Steuer- und Abgabenquote.

Die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin erneuerte die Forderungen der SPÖ zur Belebung der Konjunktur und des Arbeitsmarkts. Das soll durch einen Maßnahmenmix aus Unternehmen-bezogenen Anreizen, Förderungen von arbeitssuchenden Menschen, gezielte Förderung der Weiterbildung von Arbeitnehmern und schließlich einer Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsquote erfolgen.

Im Folgenden die Maßnahmen im Überblick:

- * Der Investitionsfreibetrag in der Höhe von neun Prozent soll nicht nur für die Baubranche, sondern für die gesamte Wirtschaft wieder befristet eingeführt werden.
- * Den Arbeitslosen soll ein Angebot - bestehend aus Rechten und Pflichten - gemacht werden: Jeder Arbeitslose, der ein Umschulungsprogramm absolviert, soll höheres Arbeitslosengeld bekommen (Erhöhung der Nettoersatzrate von 55 auf 60 Prozent).
- * Stabilitätsfonds für Klein- und Mittelbetriebe: Die Zahl der Konkurse (2001: Rekordwert von 8.900) muss gesenkt werden. Der Stabilitätsfonds soll kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) bei finanziellen Engpässen neue Investitionen ermöglichen.
- * Die SPÖ fordert eine Steuerreform, die den unteren und mittleren Einkommensbezieher zugute kommen soll. Positiver Nebeneffekt: Ein Nachfrageschub würde die Wirtschaft beleben und dem Staat höhere Mehrwertsteuereinnahmen bescheren.
- * Mindestlohn von 1.000 Euro: Rund 100.000 Menschen mit einer Beschäftigung von mehr als 35 Stunden zählen zur Gruppe der Armen. Mit einem Mindestlohn von 1.000 Euro (13.760 S) soll verhindert werden, dass Menschen trotz Vollzeitarbeit unter die Armutsgrenze rutschen.
- * Bildungsoffensive: Die SPÖ fordert: mehr Möglichkeiten für Bildungskarenz, Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrlinge, Abschaffung der Studiengebühren, vorschulische Förderung aller Kinder, Bildungsabschlüsse sollen gratis nachgeholt werden können. Außerdem hat die SPÖ das Modell "Bildungs-Prämie" erarbeitet, mit dem Weiterbildung für den Einzelnen finanziell vom Staat gefördert werden soll.
- * Forschung fördern: Österreich liegt mit seinen Ausgaben für die Forschung mit 1,79 Prozent des BIP (2000) unter dem EU-Durchschnitt von 1,9 Prozent. Blau-Schwarz wollte die Forschungsquote bis 2005 auf 2,5 Prozent des BIP anheben, wird dieses Ziel voraussichtlich aber klar verfehlen. So hat die Regierung 2001 zwar eine einmalige Mehrausgabe von 545 Mio. Euro (7,5 Mrd. S) bewilligt, für 2002 aber einen beinahe ebenso großen Rückgang der Ausgaben um 486 Mio. Euro (6,7 Mrd. S) beschlossen. Auch für 2003 ist keine Erhöhung der Forschungsquote in Sicht. (Schluss) wf

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

5. Aktuelle Arbeitsmarktdaten

Tabelle 1: Arbeitslose im Jänner 2002

Tabelle 2: Vorgemerkte Arbeitslose in Österreich, Jänner 2001 – Jänner 2002

Tabelle 3a: Entwicklung von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen in Österreich, Jänner 1996 – Jänner 2002 (Graphik)

Tabelle 3b: Entwicklung von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen in Österreich, Jänner 1996 – Jänner 2002 (absolute Zahlen)

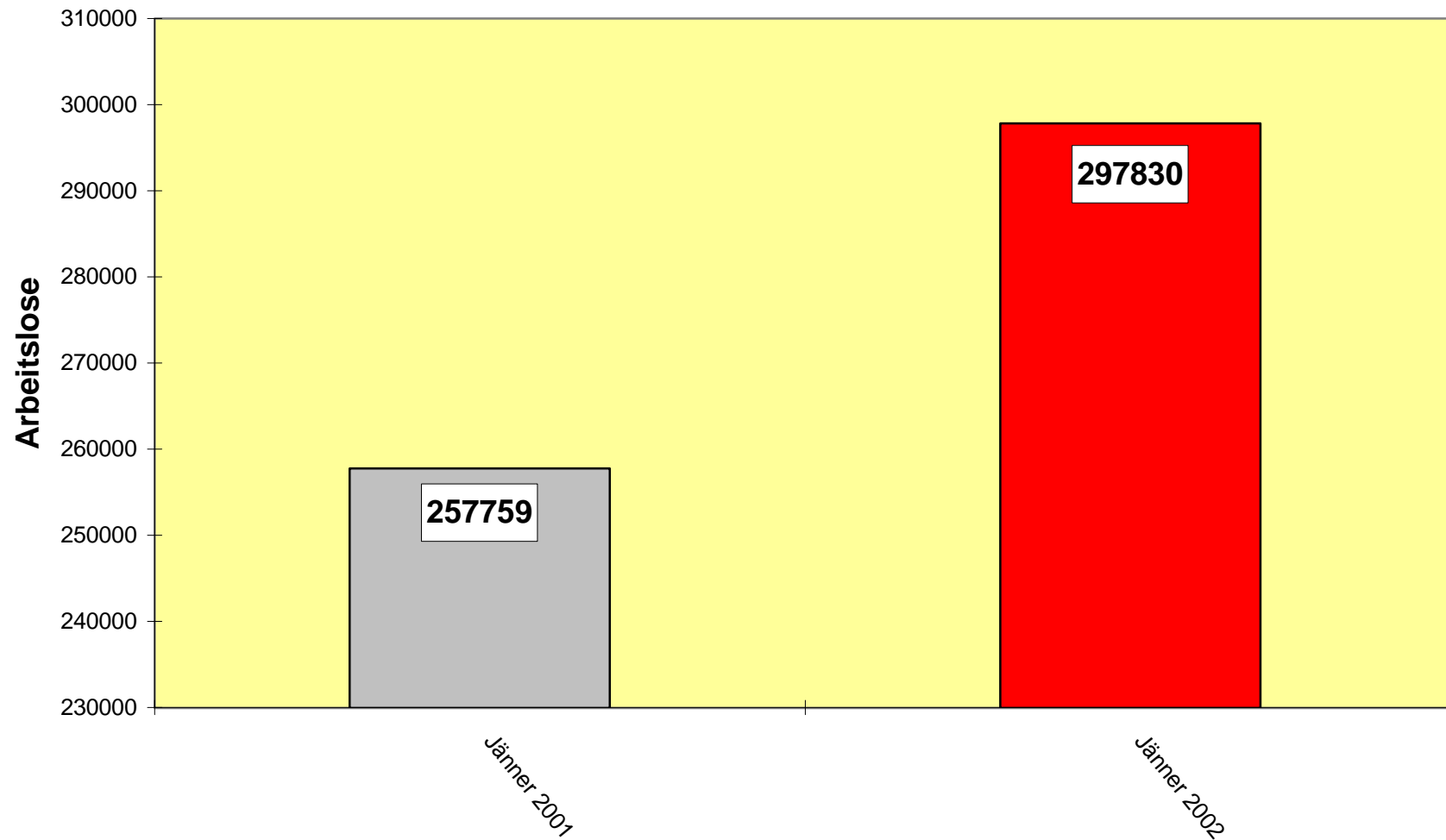
Tabelle 4: Arbeitslosigkeit in Österreich, Entwicklung 1987 – 2001

Quelle: Homepage des Arbeitsmarktservice (<http://www.ams.ac.at>)

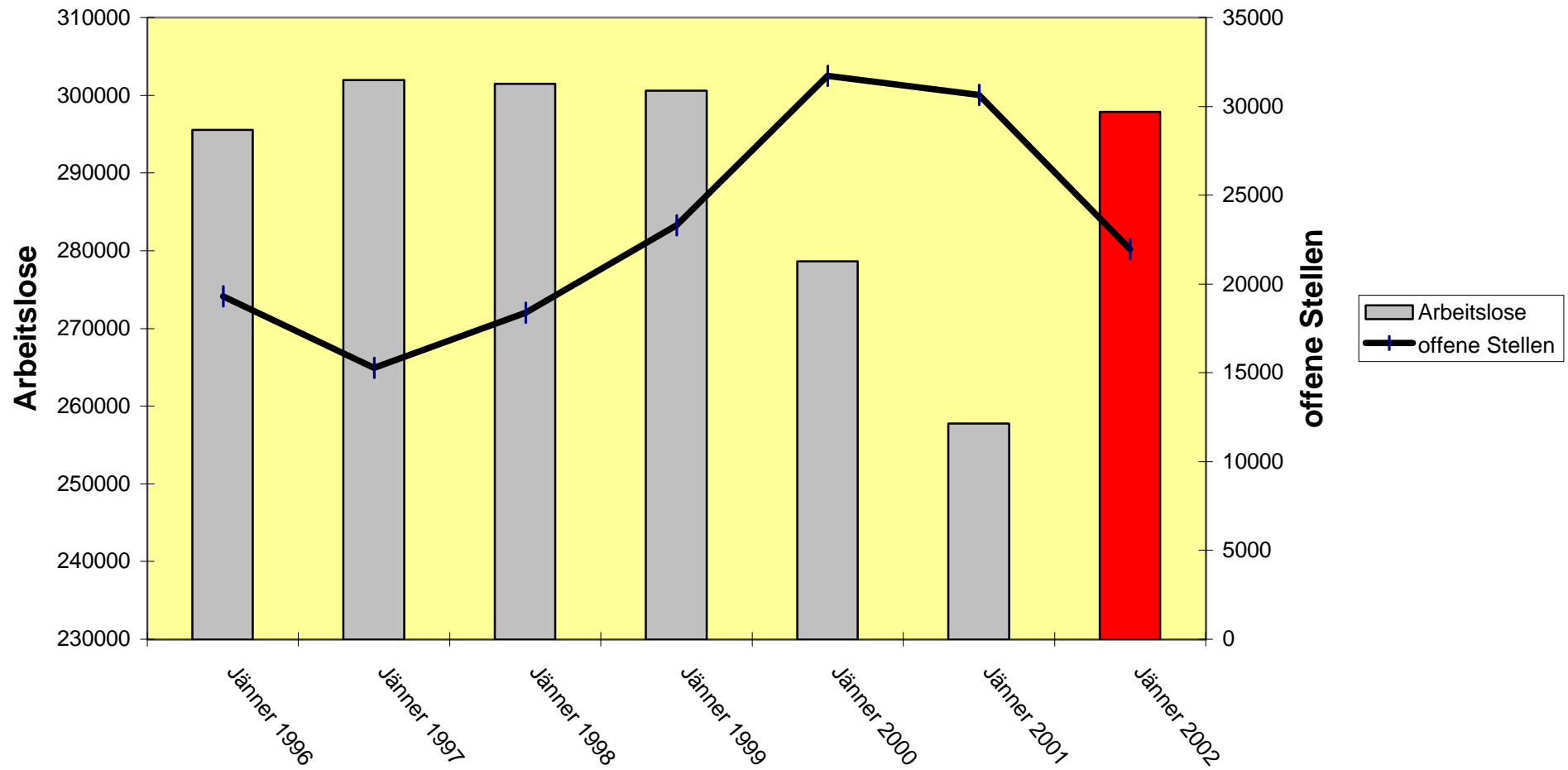
"Alarm auf dem Arbeitsmarkt"/Tabelle 1: Arbeitslose im Jänner 2002

	Bestand Ende Jänner 2002	Veränderung gegenüber			
		Dez 01		Jan 01	
		absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt					
VORGEMERKTE ARBEITSLOSE	297.830	30.005	11,2	40.071	15,5
darunter: 15-unter 25 J	44.791	3.402	8,2	7.727	20,8
50 J u.älter	56.253	4.954	9,7	6.346	12,7
Ausländer	50.851	5.982	13,3	9.179	22,0
Akademiker	6.012	234	4,0	1.566	35,2
ARBEITSLOSENQUOTE in %			-----		-----
GEMELDETE OFFENE STELLEN	21.961	-953	-4,2	-8.693	-28,4
STELLENANDRANGZIFFER	14	2	-----	5	-----
LEHRSTELLENSUCHENDE	3.736	95	2,6	672	21,9
GEM.OFFENE LEHRSTELLEN	2.433	367	17,8	-101	-4,0
Männer					
VORGEMERKTE ARBEITSLOSE	196.398	27.121	16,0	27.241	16,1
darunter: 15-unter 25 J	29.948	3.199	12,0	5.411	22,1
50 J u.älter	38.176	4.400	13,0	4.445	13,2
Ausländer	38.575	5.297	15,9	6.707	21,0
Akademiker	3.153	154	5,1	763	31,9
ARBEITSLOSENQUOTE in %			-----		-----
LEHRSTELLENSUCHENDE	1.867	112	6,4	350	23,1
Frauen					
VORGEMERKTE ARBEITSLOSE	101.432	2.884	2,9	12.830	14,5
darunter: 15-unter 25 J	14.843	203	1,4	2.316	18,5
50 J u.älter	18.077	554	3,2	1.901	11,8
Ausländer	12.276	685	5,9	2.472	25,2
Akademiker	2.859	80	2,9	803	39,1
ARBEITSLOSENQUOTE in %			-----		-----
LEHRSTELLENSUCHENDE	1.869	-17	-0,9	322	20,8

**"Alarm auf dem Arbeitsmarkt"/Tabelle 2: Vorgemerkte Arbeitslose in Österreich
Jänner 2001 - Jänner 2002**



**"Alarm auf dem Arbeitsmarkt"/Tabelle 3a: Entwicklung von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen in Österreich
Jänner 1996 - Jänner 2002 (Graphik)**



"Alarm auf dem Arbeitsmarkt"/Tabelle 3b: Entwicklung von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen in Österreich Jänner 1996 - Jänner 2002 (absolute Zahlen)

	Jänner 1996	Jänner 1997	Jänner 1998	Jänner 1999	Jänner 2000	Jänner 2001	Jänner 2002
Arbeitslose	295.541	301.982	301.480	300.612	278.657	257.759	297.830
offene Stellen	19.296	15.277	18.373	23.309	31.709	30.654	21.961

**"Alarm auf dem Arbeitsmarkt"/Tabelle 4:
Arbeitslosigkeit in Österreich Entwicklung 1987 - 2001**

	Arbeitslose		
	Jahresdurchschnitts bestand	Zugänge	Abgänge
1987	164468	510101	524370
1988	158631	511089	519157
1989	149177	496401	495897
1990	165795	536658	525583
1991	185029	548780	556833
1992	193098	591724	597948
1993	222265	646996	640170
1994	214941	635713	704809
1995	215716	665950	696895
1996	230507	656753	706449
1997	233348	687656	721616
1998	237794	691317	708523
1999	221743	728672	806308
2000	194313	722528	800111
2001	203883	807657	823777

Im Jahr 2001 betrug die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnittsbestand 203.883.
In 807.657 Fällen sind Personen in diesem Jahr arbeitslos geworden.
In 823.777 Fällen konnten Arbeitslose ihre Arbeitslosigkeit wieder beenden.